

FPÖ stimmt zu: Höhere Krankenversicherungsbeiträge für Pensionisten!

Die FPÖ hat der Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionisten zugestimmt. Diese Maßnahme ist Teil der Sparstrategien der neuen Regierung.



Österreich, Land - Am 1. Juni 2025 hat die FPÖ der Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge von Pensionisten zugestimmt. Diese Maßnahme ist Teil der Sparmaßnahmen, die während der Regierungsverhandlungen zwischen der FPÖ und der Volkspartei (ÖVP) diskutiert wurden. Der Generalsekretär der Volkspartei, Nico Marchetti, äußerte sich kritisch zur FPÖ und deren politstrategischen Überlegungen. Er betonte, dass die FPÖ unter Umständen andere Interessen über das Wohl der Pensionisten stelle und damit Spaltung statt Verantwortung fördere, was die Wahrnehmung der Wahrheit beeinträchtige. **OTS** berichtet, dass die Diskussion um die Erhöhung der

Beiträge auch im Kontext der aktuellen politischen Lage und der neuen Regierungskoalition steht.

Die geplante Erhöhung soll die Krankenversicherungsbeiträge für Pensionist:innen von derzeit 5,1 % auf 6 % anheben. Dies bedeutet eine zusätzliche finanzielle Belastung für Rentner, die bereits unter den Sparmaßnahmen der letzten Jahre gelitten haben. Aktuell fehlen rund 270 Millionen Euro in den Budgetplanungen, was die Notwendigkeit weiterer Einsparungen verstärkt. Eine Fusion der Krankenkassen hat zu einem Defizit von 1,7 Milliarden Euro geführt. Präsident Peter Kostelka vom Pensionistenverband kritisierte, dass es besonders ungerecht sei, zusätzliche Belastungen auf die Schultern der Pensionisten abzuwälzen, während gleichzeitig von der Regierung Einsparungen in anderen Bereichen angekündigt werden.

Kontrast hebt hervor, dass anstelle der versprochenen Investitionen in die Gesundheitsversorgung möglicherweise 270 Millionen Euro durch die Erhöhung der Beiträge eingenommen werden.

Finanzielle Auswirkungen auf Pensionisten

Die Folgen der Erhöhung sind für die Pensionisten deutlich spürbar. Ein Beispiel verdeutlicht die Belastung: Bei einem monatlichen Bruttogehalt von 1.000 Euro werden netto 2 Euro mehr abgezogen, bei 2.000 Euro sind es bereits 11 Euro, und bei einem Einkommen von 3.500 Euro werden 19 Euro zusätzlich fällig. Diese Erhöhung wurde bereits der EU-Kommission gemeldet, aber noch nicht offiziell beschlossen.

Gewerkschaften Online informiert, dass diese Maßnahmen auch im Rahmen umfangreicherer Budgetkonsolidierungspläne bis 2031 stehen, die die Pensionsausgaben weiter reduzieren sollen.

Ein weiterer Aspekt der Reformen betrifft die Besserstellung von Pflegeberufen und die Einführung einer Teilpension. Diese Maßnahmen könnten dazu beitragen, ältere Arbeitnehmer im Arbeitsmarkt zu halten und gleichzeitig den Druck auf das

Pensionssystem zu vermindern. Die angespannten finanziellen Verhältnisse erfordern jedoch tiefergehende Reformen und Investitionen in die Gesundheitsversorgung, die durch die Erhöhungen der Beiträge teils finanziert werden sollen.

Die Diskussion um die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge ist somit nicht nur eine finanzielle Herausforderung für viele Pensionisten, sondern auch ein Spiegelbild der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich. Die Verantwortung der politischen Akteure und die damit verbundenen Entscheidungen werden auch zukünftig entscheidend für das Wohl der Pensionisten sein.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich, Land
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• kontrast.at• brblog.gewerkschaften-online.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at